



« zurück

## LITERATUR

### BELLETRISTIK

### ISLAM

### POLITISCHES BUCH

### SACHBUCH

### MUSIK

### VON A-Z

### AUTOREN

### TITEL

### REZENSENTEN

### LITERATURBEILAGE 2/2001

### LITERATURBEILAGE 1/2001

### DIE ZEIT AUF DER FRANKFURTER BUCHMESSE 2001 VERANSTALTUNGEN AUTOREN

### LEIPZIGER BUCHMESSE 2001

### LITERATURBEILAGE WEIHNACHTEN

## Dieter Schenk:

# Auf dem rechten Auge blind

## Die braunen Wurzeln des BKA

(Verlag Kiepenheuer&Witsch, Köln 2001; 396 S., 39,90 DM; ISBN: )

### *Leseprobe:*

### VORBEMERKUNGEN

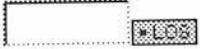
Die Entwicklung des Bundeskriminalamtes, das in diesem Jahr sein 50-jähriges Bestehen feiert, ist untrennbar mit Paul Dickopf verbunden, der sich selbst gerne als >>Architekt des BKA<< bezeichnen liess. Wie niemand sonst hat er das Amt gepregelt, allerdings unter tatkräftiger Mithilfe seines Freundes und Vertreters, Rolf Holle, der vor allem die Faeden im Hintergrund zog. In Konkurrenz zu beiden befand sich Dr. Bernhard Niggemeyer, der das Kriminalistische Institut des BKA aufbaute und leitete. Das Triumvirat stand den knapp 50 Beamten des Leitenden Dienstes vor - und nur dieser Personengruppe gilt das Forschungsinteresse -, die so gut wie alle ihre beruflichen Wurzeln in der Sicherheitspolizei Himmlers und Heydrichs hatten, in diesem Sinne gepregelt waren und ihre Berufserfahrungen auf das Bundeskriminalamt uebertrugen. So nimmt es nicht wunder, dass es sich beim Aufbau des BKA um einen organisatorischen Abklatsch des Reichskriminalpolizeiamtes handelte, dessen Mittel und Methoden uebernommen wurden, indem man einschlaegige Richtlinien der NS-Terminologie entkleidete, andererseits die Grundzuege der Ver-

2000

FRANKFURTER  
BUCHMESSE 2000

---

ZEIT SUCHE



fassung der Bundesrepublik beachtete.

So in etwa lautete auch meine Ausgangsthese, die der bekannten Tatsache Rechnung trug, dass die oeffentliche Verwaltung insgesamt, aber nicht nur sie, in der Nachkriegszeit von Menschen aufgebaut wurde, die bereits im Dritten Reich in gleichen oder aehnlichen Funktionen taetig waren.

Ueberrascht und zugleich bestuert hat mich im Verlauf meiner Recherchen, dass fast die Haelfte der BKA-Vorgesetzten der fuenfziger und sechziger Jahre auf schlimmste Weise unmittelbar in die Verbrechen der Nationalsozialisten verstrickt war; diese Maenner haetten niemals in den Beruf zurueckkehren duerfen. Somit deckt dieses Buch eine moralische und politische Katastrophe fuer das Bundeskriminalamt und die westdeutsche Demokratie auf: NS-Verbrecher - Schreibtischttaeter wie Massenmoerder, die als Mitglieder der Einsatzgruppen in Polen, der Geheimen Feldpolizei in Weissrussland oder der Polizeibataillone in der UdSSR am Voelkermord und der >>Endloesung der Judenfrage<< beteiligt waren - fuehlten sich berufen, nach dem Krieg in einer Bundesinstitution taetig zu sein, die die Verfolgung von Verbrechern zur Aufgabe hat. Dies war moeglich, nicht etwa weil die Taeter ihre Vergangenheit besonders geschickt verschleiern konnten, sondern weil jeder jeden deckte.

Nicht ohne persoenliche Betroffenheit las ich unter anderem die Akten ueber Karl Heller. Er war in den sechziger Jahren als Kriminalrat Leiter der Abteilung Kriminalpolizei in der Hessischen Polizeischule und 1963 mein Lehrgangleiter im Kriminalkommissar-Lehrgang. Ich verehrte ihn als fachlich versierten, honorigen, gebildeten Mann und bewunderte ihn dafuer, dass er grosse Teile von Goethes >>Faust<< auswendig kannte. Aber er war auch ein Mann der Gestapo, der 1943 in Warschau 140 bis 160 Menschen als >>Spione<< dem sicheren Tod ueberantwortete, weil sie versucht hatten, dem unmenschlichen Unterdrueckungsapparat in Notwehr Widerstand entgegenzusetzen. 1944 stellte der von Himmler persoenlich fuer seine >>Erfolge<< schriftlich Belobigte Kraefte seiner Einheit zur Exekution von zehn Menschen am Lyoner Flugplatz ab und erteilte Befehl, bei Herannahen der Amerikaner einen Haeftling im Gestapo-Keller zu erschiessen. Ich bin nicht nur von Karl Heller masslos enttaeuscht, sondern auch wuetend darueber, wie ich als junger, begeisterungsfahiger Berufsanfaenger getaeuscht wurde. Und ich vermute, dass es manchem Leser dieses Buches aehnlich ergehen wird, der im Bundeskriminalamt als Kriminalbeamter, Wissenschaftler oder Journalist an den internationalen Herbsttagungen teilnahm, die von dem beliebten Bernhard Niggemeyer geleitet wurden. Zeitlebens begegnete er Verdaechtigungen wegen seiner Taetigkeit bei der Geheimen Feldpolizei empoert und nicht ohne Arroganz. Nunmehr stem-

peln ihn seine eigenen Taetigkeitsberichte zum Luegner.

Paul Dickopf war eine zwielichtige Persoenlichkeit, eine Spielernatur und ein raffiniertes Schwindler. Das vorliegende Buch widerlegt seine Legende des >>Widerstandskampfers<< - auf die mehrere Bundesinnenminister hereinfliegen -, der 1943 in die Schweiz ging und dort angeblich gegen die Nationalsozialisten arbeitete. Die trickreiche Art, wie er im Nachkriegsdeutschland seine Plaene als Geheimdienstagent in die Entscheidungsgremien der Alliierten einspeiste und schliesslich ein BKA des von ihm gewollten Zuschnitts durchsetzte, grenzt oeffter an Hochstapelei, war aber letztlich von Erfolg gekroent. Das groesste Verhaengnis fuer das junge Bundeskriminalamt bestand darin, dass man dem ehemaligen Doppelagenten Dickopf die Entscheidung in Personalsachen ueberliess, sodass er das BKA zu einer Versorgungsanstalt fuer alte Nazis und Verbrecher machte. Er konnte diese Rolle aber nur spielen, weil er als CIA-Agent die Rueckendeckung der amerikanischen Besatzungsmacht besass und die Schluesselpositionen in der Ministerialbuerokratie des Bundesinnenministeriums zugleich von NS-Gesinnungsgenossen durchgesetzt waren.

Man wuerde die Geschichte des Bundeskriminalamtes unzulaessig verkuerzen, beschaenkte man sich auf die schillernde Biografie Dickopfs. Denn eine Reihe unterschiedlichster Persoenlichkeiten hat einzelne Sachgebiete des Bundeskriminalamtes gepraeagt; ihre Taetigkeit erscheint in einem ganz anderen Licht, wenn man die Rolle durchleuchtet, die sie zwischen 1933 und 1945 spielten. So entsteht ploetzlich ein fataler Zusammenhang zwischen damals und heute, zwischen dem Referenten, der im Reichssicherheitshauptamt Zigeuner in Konzentrationslager einwies, und dem Referatsleiter, der sich 1954 erneut in der Bekaempfung der >>Landfahrerplage<< engagierte. Oder zwischen dem Kriminalrat, der Mordaktionen der Einsatzkommandos in Russland befehligte, und dem Kriminalrat in der Sicherungsgruppe, fuer den der Feind noch immer im Osten zu suchen war. Und wenn einige den Chefsessel im Reichskriminalpolizeiamt in ungebrochener Kontinuitaet mit dem gleichen Chefsessel im BKA tauschten, kann es einem ob dieser Dreistigkeit die Sprache verschlagen.

Das alles hatte Folgen: Duckmaeusertum und Wagenburgverhalten, autoritaerer Fuehrungsstil und rechtslastige Arbeitsprogramme, Cliquenbildung und Postenschacher, Bewahrung des Herrschaftswissens und kleinkarierter Buerokratismus. Und immer wieder Lug und Trug, um die eigene Vergangenheit zu verbergen. Ueberfluessig zu erwaehnen, dass >>furchtbare Juristen<< (Ingo Mueller) eine Bestrafung verhinderten. Wer glaubt, dass mit dem Ausscheiden der Generation so genannter Alt-Kriminalisten, der Spuk ein Ende hatte, irrt. Das wachsames Auge des BKA blickte stets nach links und

hatte Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus nie im Fadenkreuz. Die Langzeitwirkung ist bis heute zu spueren und kommt insbesondere in der Halbherzigkeit zum Ausdruck, mit der Rechtsradikalismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit bekaempft werden.

Ralph Giordano, dessen letztes Buch >>Die Traditionsluege - Vom Kriegerkult der Bundeswehr<< manche Parallelen zu meinem Thema aufzeigt, bin ich verbunden fuer Unterstuetzung und guten Rat, den richtigen Verlag ausgewaehlt zu haben. Womit ich last not least meinem Lektor, Lutz Dursthoff, herzlich danke fuer seine Solidaritaet, das Thema betreffend, und dass er waehrend der Entstehungsphasen des Buches mein Projekt klug und professionell durch alle Klippen steuerte.

Gerne wuerde ich auch dem Bundeskriminalamt Dank sagen, sein Geschichtsbewusstsein loben und meine Genugtuung ausdruecken, dass das Amt bereitwillig alle Akten oeffnete, um zu erkennen zu geben, dass es sich von den ehemaligen Nazi-Taetern in seinem Hause ein fuer allemal distanziert. Doch leider muss ich mir solche Worte versagen. Obwohl Bundesinnenminister Otto Schily die Akteneinsicht genehmigte, verschleppte die Wiesbadener Behoerde ueber ein Jahr die Realisierung, weil dem angeblich Datenschutzgruende und >>schutzwuerdige Belange der Mitarbeiter<< - auch der ehemaligen - entgegenstueden. Dies veranlasste mich zu dem im Anschluss an diese Vorbemerkungen abgedruckten Brief vom 4. Mai 2001.

Zwei Tage vor Abgabe meines Manuskriptes, am 29. Mai 2001, rief mich der Leiter des Stabes im Auftrag des BKA-Praesidenten an, um mir mitzuteilen, dass mir Dr. Kersten >>nicht restriktiv gegenueberstehe<<. Vielmehr seien er und Vize-Praesident Falk der Auffassung, dass man die Gruendungsgeschichte des Amtes aufarbeiten solle, >>wie das andere Grossunternehmen auch tun<<. Es gaebe also keine Gruende, mich nicht zu unterstuetzen. Andererseits seien >>rechtliche Regelungen<< zu beachten, nach denen der Praesident Pflichten haette, die er nicht verletzen duerfe, man wolle aber den >>Ermessensspielraum zu meinen Gunsten so weit ausdehnen, wie es moeglich sei.<< Um ein pragmatisches Vorgehen zu besprechen, biete mir Dr. Kersten ein Gesprach an, das wegen Urlaubs und einer Dienstreise fruehestens am 18. Juni 2001 stattfinden koenne (und fuer den 21. Juni 2001 vereinbart wurde).

Der feststehende Erscheinungstermin des Buches liess keinen Planungsspielraum mehr zu. Es steht damit fest, dass ich zumindest fuer

die Erstauflage trotz eines Vorlaufes von ueber einem Jahr kein Blatt Papier aus dem Bundeskriminalamt zur Auswertung erhielt. Ich glaube nicht, dass hierdurch das Gesamtergebnis der Recherche beeintraehtigt wird, wohl aber wurde die Moeglichkeit eingeschaenkt, wissenschaftlich so praezise wie moeglich zu arbeiten, vollstaendig zu dokumentieren und erhobene Fakten ein weiteres Mal zu ueberpruefen, besonders in Personalakten. Im Einzelfall ist nicht auszuschliessen, dass deswegen auch Korrekturen erforderlich werden. Ich moechte die ehrlichen Absichten des Praesidenten, die fuer mich eine >>neue Offenheit<< bedeuten, nicht in Zweifel ziehen. Ich halte es aber fuer einen politischen Fehler, nicht frueher entschieden zu haben, weil der fatale Eindruck entstand, dass das Amt seine NS-Vergangenheit unter den Teppich kehren wollte. Und selbst wenn das nicht stimmen sollte, bleibt eine fragwuerdige Loyalitaet gegenueber frueheren Mitarbeitern - eine andere Variante der >>Mauer des Schweigens<<.

Am 22. Maerz 2001 fand im Wiesbadener Kurhaus mit musikalischer Umrahmung durch ein BGS-Musikkorps (Militaermarsch Nr. 1 von Franz Schubert) ein Festakt >>50 Jahre Bundeskriminalamt<< statt. Keiner der Redner - von Bundesinnenminister Otto Schily ueber BKA-Praesident Dr. Ulrich Kersten bis Interpol-Praesident Ronald K. Noble - verlor ein Wort ueber die Schatten der Vergangenheit des Bundeskriminalamtes.

Dieter Schenk

31. Mai 2001

## X RENAZIFIZIERUNG DER POLIZEI

### Wiederaufbau ohne Vergangenheitsbewaeltigung

Aus den bisherigen Untersuchungen ergibt sich, dass das Bundeskriminalamt von Nazi-Taetern aufgebaut wurde - eine Tatsache, die bis heute schwer zu begreifen ist. 1959 bestand der Leitende Dienst des BKA aus 47 Beamten - bis auf zwei hatten alle eine braune Weste. Fuer das rechtsstaatliche Selbstverstaendnis des BKA ist es rueckblickend als moralische Katastrophe zu bewerten, dass fast die Haelfte der 47 BKA-Chefs als NS-Verbrecher im kriminologischen

Sinne bezeichnet werden muessen.

Vier von ihnen waren Schreibtischtäter des RKPA, die mitwirkten, unzählige Homosexuelle, >>Zigeuner<<, >>Asoziale<< und sogenannte Berufs- und Gewohnheitsverbrecher im Rahmen des Programms der Vorbeugenden Verbrechensbekämpfung in ein Konzentrationslager einzuweisen und damit einem fast sicheren Tod auszuliefern. 15 BKA-Führer<sup>785</sup> waren Mitglieder der Einsatzgruppen in Polen und als Vorgesetzte in die Vernichtung der polnischen Intelligenz verstrickt. Oder sie beteiligten sich als Angehörige der SS-Einsatzkommandos oder der Polizeibataillone in der besetzten UdSSR am Völkermord. Sie befehligten die Geheime Feldpolizei in Weissrussland, die an der Ausrottung der jüdischen Bevölkerung beteiligt war und massenweise Menschen als Partisanen oder politische Kommissare tötete, wenn nur ein fragwürdiger Verdacht vorlag. Einige BKA-Vorgesetzte hatten bei Exekutionen selbst >>Hand angelegt<< oder waren Einsatzführer an der >>Grube<<, unter den erbarmungswürdigen Opfern waren auch Frauen und Kinder. Zwei BKA-Führer waren Angehörige von Standgerichten oder SS- und Polizeigerichten.<sup>786</sup> Annaehernd jeder Dritte gehörte der Gestapo an,<sup>787</sup> womit die in der Fachliteratur ueberwiegend vertretene Meinung widerlegt ist, dass wenigstens den Angehörigen der Geheimen Staatspolizei - von Einzelfaellen abgesehen - der Zugang in Fuehrungspositionen der Nachkriegspolizei versperrt blieb.<sup>788</sup> So sah die >>unpolitische Kriminalpolizei<< aus, die im Dritten Reich vornehmlich Diebstahl und Betrug bearbeitete und (nicht amtlich befohlene) Tötungsdelikte. Zwei dieser spaeteren BKA-Führer wurden (im Ausland) verurteilt,<sup>789</sup> alle anderen blieben straflos, ueberstanden schadlos disziplinarische Ueberpruefungen und gingen als Raete oder Direktoren in allen Ehren in Pension. Sie haben sich nie distanziert oder Reue gezeigt, schon gar nicht Trauer.

Zieht man eine Bilanz, dann gelten die >>alten Nazis<< in der Polizei - bis heute - als rehabilitiert. Sie zeigten weder Mitleid noch schworen sie ihrer Gesinnung ab, vielmehr schluepften sie gleich zu Anfang durch die nicht ernsthaft betriebene >>Entnazifizierung<< und wurden als >>entlastet<< eingestuft (siehe Kapitel V, Die Entnazifizierung).

## EPILOG

### Die Folgen

Im Jahre 1976 holte die Vergangenheit Paul Dickopf posthum nochmals ein. Aufgrund >>neuerlicher Vorwürfe<< wertete Oberamtsrat Killmann, der dem Fachaufsichtsreferat des BMI angehörte, die BDC-Unterlagen aus und teilte dem Verwaltungschef des BKA, Dr. Mertz, beruhigend mit, dass Dickopf nicht der NSDAP angehört habe. Die >>Rechercheure<< hätten wohl die NSDAP mit dem NSDStB verwechselt, zumal Dickopf seinen Lebenslauf in >>Suetterlin<< verfasste. Der SS-Rang sei ohne Befragen der Anwärter befehlsmässig und automatisch angeglichen worden, behauptete Killmann. Dass Dickopf Fragebogen ausgefüllt habe und verschiedentlich als SS-Bewerber bezeichnet wurde, daraus lasse sich nicht schlüssig folgern, er habe sich um die Rangangleichung beworben. Ausserdem sei er in der Beurteilung als ein durchaus geeigneter SS-Führer bezeichnet worden (Unterstreichung durch Killmann). >>Der Gebrauch des Wortes 1durchausi lässt fuer Kenner der damaligen Verhältnisse den zutreffenden Schluss zu, dass dies nur als Einschränkung der weltanschaulichen Eignung verstanden werden kann<<, verharmloste Killmann. Ferner belege das Tragen einer SS-ähnlichen Uniform nicht die Mitgliedschaft in der SS.

Mit dieser Stellungnahme der obersten Dienstbehörde schien die Welt im BKA wieder in Ordnung zu sein. Aber sie ist es bis heute nicht. Verweilen wir einen Moment bei den internationalen polizeilichen Beziehungen: Dass sich am Problem mangelnder Distanz des BKA zu Unrechtsstaaten etwas geändert hätte, lässt sich nicht behaupten - höchstens dass die Zusammenarbeit mit diktatorischen Regimen noch enger wurde. Man kann sogar sagen, dass das Bundeskriminalamt bis heute ganz in der von Dickopf als BKA- und Interpol-Praesident geschaffenen Tradition jegliche Form von Menschenrechtsverletzungen ignoriert. Denn - so kann man die im Amt vorherrschende Geisteshaltung zusammenfassen: >>Die weltweite polizeiliche Zusammenarbeit muss klappen<< und: >>Wir haben Menschenrechtsverletzungen in anderen Staaten weder zu verantworten, noch können wir sie ändern.<<

Beides sind Trugschlüsse. Wenn die Zusammenarbeit um den Preis geschieht, dass Ermittlungsergebnisse durch Folter, Drohung, Erpressung, Bestechung - ja sogar durch Mord erzielt werden, muss man darauf verzichten und solche Staaten aus der Interpol-Gemeinschaft ausschliessen, bis sie diese Zustände in ihrem Land ändern. Und damit könnte man sehr wohl etwas bewegen. Bestimmte Staaten würden den internationalen Ansehensverlust auf Dauer nicht ertragen wollen und sahen sich zu Reformen gezwungen. Dem Bundeskriminalamt, das weltweit Reputation genießt, hätte es gerade auf dem Hintergrund der deutschen Geschichte gut zu Gesicht gestanden, in diesem Sinn eine Schrittmacherfunktion zu übernehmen. Wenn der Beitritt zur Europäischen Union von einem Mindeststan-

dard der Beachtung von Menschenrechten abhaengig gemacht wird (Beispiel Tuerkei), dann waere die Zeit endlich reif, Aehnliches auf der Ebene von Interpol durchzusetzen und dieser Organisation gleichzeitig einen Voelkerrechtsstatus zu verleihen. Doch dazu beduerfte es politischer Entscheidungen der Bundesregierung. Ob allerdings das Amt dem Dienstherrn gegenueber Gehorsam uebt, ist nicht gesichert.

In engem Zusammenhang mit solchen Fragen steht die von Deutschland (und anderen demokratischen Staaten) geleistete Polizeientwicklungshilfe. Seit den sechziger Jahren werden in voelliger Distanzlosigkeit Folterregimes unterstuetzt. Daran wird sich auch nichts aendern, solange das Wort Folter auf keiner Interpol-Konferenz faellt bzw. im polizeilichen Schriftverkehr tabuisiert ist. Das liegt an der Auslegung der Interpol-Statuten, die sich zwar im Artikel 2 auf den >>Geist der Menschenrechte<< berufen, aber in Artikel 3 jede Betaetigung in politischen, militaerischen, religioesen oder rassischen Angelegenheiten >>strengstens<< untersagen.<sup>873</sup> Daraus leiten auch die deutschen Polizeijuristen auf verantwortungslose Weise ab, dass Folter eine >>politische Angelegenheit<< eines Staates sei wie Landesverrat oder Hochverrat, womit solchen Terror-Regimes ein unbegreiflicher Freiraum eroeffnet wird. Dass es sich bei Folter um Noetigung, Erpressung, Vergewaltigung, schwere Koerperverletzung, um Mordversuch oder im Todesfall um vollendeten Mord aus niederen Beweggruenden handelt, beweisen unzaehlige von amnesty international ueberpruefte Faelle.<sup>874</sup> Paul Dickopf hatte 1969 in einem Interview gesagt:

>>Wir beraten und helfen bei der Ausbildung der Polizei in vielen Laendern der Welt. Wir haben staendig Gaeste und 1Schueleri aus dem Ausland hier, und haeufig sind Beamte meines Amtes in weit entfernten Laendern mit Ausbildung und Ausruestung befasst. Erst kuerzlich waren zwei meiner Mitarbeiter in Aethiopien, um polizeitechnische Hilfsprogramme zu verwirklichen. Aehnliches koennte ich Ihnen von vielen anderen Laendern Afrikas und Asiens berichten und ebenso, dass sich oft Besucher aus allen Erdteilen im Bundeskriminalamt die Hand geben. Seit 16 Jahren leisten wir Hilfe verschiedenster Art mit guten Ergebnissen. Wir gehen bei unseren Vorhaben davon aus, dass die Zusammenarbeit bei der Verbrechensbekämpfung im Rahmen der Interpol so erfolgreich ist, wie Ausbildungsstand und technische Einrichtungen der jeweiligen Polizei es zulassen.

Hintergrund dieses regen Austauschs waren die Bestrebungen des westlichen Buendnisses, in der Zeit des Kalten Kriegs Einfluss in den Laendern der Dritten Welt zu erlangen - und sei es, um entsprechenden Bemuehungen des konkurrierenden Ostblocks zu begegnen. Dass Ausbildungs- und Ausruestungshilfe in vielen Faellen die verbrecherische Polizei des Empfaengerstaates in die Lage versetzt, ihr men-

schenrechtswidriges Handwerk umso effizienter zu betreiben, hat der Autor waehrend seiner Auslandstaetigkeit fuer das BKA vielfach feststellen koennen.

1988 zum Beispiel wurden 130 Besucher aus Folterstaaten und 18 aus solchen mit Todesschwadronen in allen Ehren im BKA empfangen, teilweise in Wiesbadener Nobel-Restaurants oder im Rheingau zum Essen ausgefuehrt. Im Gegenzug suchten 143 BKA-Beamte Polizeibehoerden von Folterregimes auf und elf Beamte Staaten mit Todesschwadronen. Kein Wunder also, dass BKA-Vize Boeden den Autor - damals noch in BKA-Diensten - schriftlich anwies, amnesty international in seinen amtlichen Berichten nicht mehr zu zitieren. In diesen Faellen war (und ist) das BKA nicht nur auf dem rechten, sondern auf beiden Augen blind. Seit 1987 werden Technik und Know-how in dem einheitlichen Begriff >>Ausstattungshilfe<< (AH) zusammengefasst. Fuer die Jahre 1999, 2000 und 2001 wurden vom deutschen Staat jeweils 40 Millionen DM veranschlagt. Die Federfuehrung liegt zwar beim Auswaertigen Amt, durchgefuehrt wird die Hilfe jedoch vom Bundesinnenministerium (in einem anderen Etat auch vom Bundesverteidigungsministerium). Das BMI bedient sich des Bundeskriminalamtes, welches die Konzepte nach den politischen Vorgaben des Ministeriums initiiert, Planungen durchfuehrt und auch als Clearing-Stelle fungiert. Es wird heutzutage offen ausgesprochen, dass es sich bei der Ausstattungshilfe um ein >>Instrument deutscher Aussenpolitik<< handelt und dass sie der >>Sicherung und Staerkung deutscher Wirtschaftsinteressen<< dient. Das war zwar schon immer so, lief aber bis Mitte der neunziger Jahre als Verschlussache (VS - Nur fuer den Dienstgebrauch). Geht man solchen Geschaeftsbeziehungen auf den Grund, dienen sie nicht selten dazu, kapitalkritische Gewerkschaften und Umweltschuetzer aus dem Weg zu raeumen.

Die Ausstattungshilfe fuer die Polizei unterteilt sich in Polizeihilfe einschliesslich Mitteln fuer Rauschgiftbekaempfung einerseits und in >>Sonderfonds<< andererseits. Die Begrueendung >>Drogenbekaempfung<< verschleiern, dass Staaten unterstuetzt werden, die Menschenrechte mit den Fuessen treten. Im AH-Programm 1995-1998 sind von Albanien bis Weissrussland 27 Laender aufgefuehrt, von denen 23 im ai-Jahresbericht genannt werden, 15 von ihnen als Folterregimes teils schlimmster Natur. Waehrend sich die genannten >>Sonderfonds<< jeglicher Ueberwachung entziehen, ist es auch um die Kontrolle der anderen Mittel, zu der eigentlich der Haushaltsausschuss und der Auswaertige Ausschuss des Deutschen Bundestages aufgerufen waeren, schlecht bestellt. Die Ausstattungshilfe des BND schliesslich bleibt gaenzlich in einer Grauzone verborgen.

Die internationalen Beziehungen waren jedoch nicht der einzige

Bereich, in dem der Geist Dickopfs und seiner Mitstreiter weiterlebte. Fuer die undurchsichtige Zusammenarbeit mit Verfassungsschutz und Bundesnachrichtendienst hatten >>Alt-Kriminalisten<< die Weichen gestellt. Nach Dickopfs Berufserfahrung vermischten Kriminalpolizei, Gestapo und SD ihre Kompetenzen ohne jegliche Transparenz, rechtsstaatliche Abgrenzung und Kontrolle. Selbstredend war die erste Beamtengeneration in der Sicherungsgruppe von dieser Arbeitsweise gepraeagt. So schlich sich eine informelle Kooperation mit Geheimdiensten ein, die ueber die offiziellen Richtlinien der Zusammenarbeit hinausreichte. Auch die CIA-Agenten gingen bei der Sicherungsgruppe ein und aus, zumeist mit einer diskret verpackten Flasche Whisky unter dem Arm. Besonders der Verfassungsschutz suchte seinen Einfluss auf das BKA immer weiter auszudehnen. Das ging schliesslich so weit, dass das BfV einen direkten Online-Zugriff auf wichtige Teile des polizeilichen EDV-Systems INPOL hatte. Im Bereich PIOS-Terrorismus, einem Recherchesystem zum Erstellen von Uebersichten, Analysen und Querschnittsauswertungen, standen dem Verfassungsschutz viele Informationen offen. Das BKA hingegen konnte das NADIS-System des Verfassungsschutzes nur begrenzt nutzen und abfragen, das heisst lediglich erfahren, wo sich ueber eine Person Fundstellen befinden, nicht aber, was diese beinhalten. Horst Herold sprach sich 1979 im Bundestags-Innenausschuss gegen diese Daten-Kooperation aus, sodass Bundesinnenminister Baum die Online-Verbindungen zwischen BfV und BKA kappte.

Es kann nicht ueberraschen, dass sich im Bundeskriminalamt, das ueber zwei Jahrzehnte von gewendeten Nationalsozialisten aufgebaut und zwangslaeufig auch geformt wurde, Gesinnung tradierte. Das hatte katastrophale Auswirkungen im Fuehrungsbereich und zugleich Einfluss auf Strategien und Konzepte. Grundueberzeugungen und Einstellungen erfuhren - abgesehen von einer gewissen Anpassung an neuere Entwicklungen - keine wirkliche Veraenderung und vererbten sich von einer Fuehrungsgeneration auf die naechste.

Die >>Charlottenburger<<, Gesinnungsvettern einer BKA-Seilschaft, behielten Herrschaftswissen fuer sich, behandelten ihre Untergebenen arrogant, schoben sich gegenseitig die Posten zu und schirmten sich nach aussen ab. Der autoritaere Fuehrungsstil dieser Kaste vererbte sich auf fatale Weise. Zum Beispiel wurde dem Autor waehrend seiner BKA-Zeit (in den achtziger Jahren) regelmaessig bekannt gegeben, ueber welche Tagesordnungspunkte die woechentliche Abteilungsleiterkonferenz verhandelte. Als er darum bat, das Ergebnis im Protokoll nachzulesen, verweigerte dies sein Vorgesetzter mit den Worten: >>Nur wenn ein Punkt Ihre Arbeit unmittelbar betrifft.<< Das bedeutete: Der Chef nimmt dem Mitarbeiter das Denken ab und entscheidet, wann dessen Denkprozess einsetzen darf.

Gegen eine solche Geisteshaltung, welche vom Untergebenen kurzerhand Unterwerfung fordert, konnte der BKA-Beamte nur auf eigenes Risiko aufbegehren - oder er musste resignativ kuschen.

Was sich in den ersten Jahrzehnten die an einen gewissen Untertanengeist gewohnten Bediensteten noch widerspruchslos gefallen liessen, hatte in den achtziger und neunziger Jahren verheerende Auswirkungen auf das nachhaltig gestoerte Betriebsklima. Dies demonstriert eine anonyme Mitarbeiterbefragung im Jahre 1989, an der sich 63,7 Prozent der BKA-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter beteiligten.

Zusammenfassend kann man feststellen, dass etwa ein Fuenftel des BKA-Personals mit ihrer Behoerde innerlich gebrochen hatte, soweit das die objektiven Zahlen ausweisen. Vermutlich ist der Anteil hoeher, weil sich ueber 35 Prozent der Mitarbeiter gar nicht an der Umfrage beteiligten, was zumindest teilweise ebenso in Frust und Desinteresse eine Ursache haben kann.

Die gesunkene Arbeitsmoral sorgte in den neunziger Jahren fuer eine Reihe peinlicher Skandale (Bad Kleinen, Verrat von Dienstgeheimnissen an die Medien). Es stellt sich in diesem Zusammenhang die Frage, inwieweit 4700 Bedienstete ueberhaupt fuehrbar sind und ob die Mammutbehoerde nicht ohne Qualitaetseinbusse um ein Viertel abgespeckt werden koennte. Zumindest muesste man Personal umschichten und die Arbeitsschwerpunkte anders setzen, zum Beispiel mehr Personal in die Bekaempfung des Rechtsradikalismus investieren. Oder in die Wirtschaftskriminalitaet (WiKri), zu der als Untergruppen die voellig vernachlaessigten Bereiche Umweltkriminalitaet, Waffenhandel und Menschenhandel gehoeren. Dass Wirtschaftskriminalitaet, die Delinquenz der serioesen Wirtschaft, zu einem Komplementaersystem der Organisierten Kriminalitaet (OK) herangereift ist, hat man im BKA (und nicht nur dort) entweder nicht begriffen, oder aber - was wahrscheinlicher ist - politische Einfluesse verhindern, dass Wirtschaftskriminalitaet mit ausreichender Personalstaerke bekaempft wird.

Dass sich das Bundeskriminalamt >>nicht in die Karten schauen laesst<<, ist ebenfalls ein aus unseliger Vergangenheit uebernommener Grundsatz. Bei mehr innerer Demokratie wuerde sich groessere Transparenz automatisch einstellen, und Journalisten brauchten nicht weiter an einer unsinnigen Geheimniskraemerei zu verzweifeln, die das Amt dem Verdacht aussetzt, es haette etwas zu verbergen. Wahrscheinlich ist dem BKA gar nicht bewusst, welchen Ruf seine Pressestelle bei Medienvertretern geniesst. Anstatt die eigenen Moeglichkeiten attraktiv zu vermarkten, werden Fernsehjournalisten mit langweiligen Bil-

den in oeden BKA-Fluren abgespeist. Die Generation der >>Charlottenburger<< hatte ihre kriminelle Vergangenheit zu verbergen und zog sich auf dem Wiesbadener Galgenberg in eine Wagenburg zurueck. Die Folgegenerationen verhielten sich - vermutlich unbewusst - genauso. Denn das vordergruendige Argument, die Verbrecherwelt koennte polizeiliche Arbeitsmethoden ausforschen, ueberschaetzt Aufmerksamkeit und Faehigkeit des >>polizeilichen Gegenuuebers<< masslos. Abgesehen davon muessen Mittel und Methoden, die zu einem Beweis gefuehrt haben, spaetestens in einer oeffentlichen Gerichtsverhandlung auf den Tisch gelegt werden. Einen gaenzlich ueberalterten Glaubenssatz stellt in einer offenen Gesellschaft die Absicht dar, sich interessant machen zu koennen, indem man sich ein >>Maentelchen des Geheimnisses<< umhaengt. Das fuehrt unweigerlich zu den bekannten Spottbezeichnungen: >>Kriminalweltmeister<< des BKA, >>Schlapphueten<< des BfV, >>Dunkelmaenner<< des BND. Diese Erscheinungen koennten ueberwunden werden, wenn die Ausbildungsinzucht der Polizei durch ein normales universitaeres Studium der Polizeiwissenschaften abgeloeset wuerde. Dieser Schritt boete die Chance, den unheilvollen Geist der Altvorderen endgueltig auf den Muellhaufen der Polizeigeschichte zu werfen. Denn ein freies Universitaetsstudium koennte eine neue Generation des Fuehrungsnachwuchses hervorbringen, die unabhaengig ist vom Geflecht gegenseitiger Abhaengigkeit und einseitigen Wohlverhaltens um einer guten Beurteilung willen.

Auch die >>Alt-Kriminalisten<< im BKA waren keine offen erklarten Nazis mehr, sie fuegten sich - nolens volens - den demokratischen Spielregeln des neuen Staates. Aber in ihrem Herzen bewegten sie weiter die alten Zeiten, wie Briefe an >>den lieben Kameraden Dickkopf<< belegen. Dickkopf verschluesselte das einmal in dem Satz: >>Die sicherste Methode, die Demokratie zu zerstoeren, besteht darin, sie zu uebertreiben.<<

Es ist nach Herkunft und beruflicher Sozialisation der Meinungstraeger im BKA folgerichtig gewesen, dass die Bekaempfung des Rechtsextremismus im BKA nie eine Rolle gespielt hat. Ueber Jahrzehnte stand einem dafuer zustaendigen Referat von 30 Bediensteten eine Abteilung von 300 Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeitern zur Bekaempfung des linken Terrorismus gegenueber. Die Folge war, dass die Ermittlungen bei Linksterrorismus wesentlich intensiver gefuehrt wurden; es handelte sich um eine vollkommen unterschiedliche Dimension der Strafverfolgung. Im Jahre 1980 ueberstiegen die Morde durch Rechtsterrorismus sogar die Gewaltverbrechen der RAF, das BKA jedoch ueberliess die Bekaempfung den Landeskriminalaemtern.<sup>880</sup> In der Festschrift fuer Herold (anlaesslich seines 75. Geburtstages 1998), die auf ueber 600 Seiten einen Querschnitt wichtiger Bereiche und Programme des Amtes repraesentiert, sind gerade mal

zwei Seiten dem Rechtsradikalismus gewidmet.

Dass das BKA das Lagebild ueber rechtsextreme Gewalt falsch darstellte und seinen Minister blamierte, spricht fuer Desinteresse des BKA an dieser Delinquenz. Falsch informiert, hatte der Bundesinnenminister die wahren Dimensionen rechter Gewalt verharmlost und wurde durch eine Dokumentation der >>Frankfurter Rundschau<< und des Berliner >>Tagesspiegel<< (September 2000)<sup>882</sup> eines Besseren belehrt. Hinter diesen Erscheinungen stecken Ueberzeugungen, die gewachsen sind und weitergetragen wurden. Wenn seit Ende der neunziger Jahre 60 Beamtinnen und Beamte des BKA gegen Rechtsradikalismus eingesetzt werden, dann ist das zu begruessen, aber noch lange keine ausreichende Personalausstattung.

Jahrelang hat man rechtsextreme Gewalt verharmlost und die Opferzahlen klein geredet. Der Druck der oeffentlichen Meinung, rassistische Ueberfaelle und Morde nicht laenger hinzunehmen, hat inzwischen auch das BKA zum Handeln gezwungen. Die Kehrseite der Medaille: Erhebliche Einschraenkungen von Buergerrechten durch Razzien, Videoueberwachung oder Reduzierung der Versammlungsfreiheit werden mit Massnahmen gegen den Rechtsextremismus begruendet.

**Dieter Schenk : Auf dem rechten Auge blind** Die braunen Wurzeln des BKA;  
Verlag Kiepenheuer&Witsch, Köln 2001;  
396 S., 39,90 DM

» Rezension